

„Wir haben gute Antworten“

Deutschland steht kurz vor einem Regierungswechsel. SPD, Grüne und FDP haben sich am Mittwoch auf einen Koalitionsver-

Marianne Schieder (SPD), Arbeitsgruppe „Moderner Staat und Demokratie“: „Es geht darum, die großen Herausforderungen unserer Zeit – soziale Sicherheit in einer globalisierten Welt zu gewährleisten, die Digitalisierung voranzutreiben und dem menschengemachten Klimawandel entschieden entgegenzutreten – seriös anzugehen. Es ist an uns, die Grundlagen dafür zu legen, dass Wohlstand und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft auch in Zukunft gesichert sind. Konkret erhö-



trag geeinigt. Bei den jeweiligen Arbeitsgruppen mit am Verhandlungstisch saßen auch fünf Politiker aus Ostbayern – eine Bilanz. (mark)

hen wir den Mindestlohn auf zwölf Euro, verlängern die steuerliche Homeoffice-Pauschale für Arbeitnehmer bis Ende 2022 und verlängern und verschärfen die Mietpreisbremse. Wir führen die Kindergrundsicherung ein und verankern die Kinderrechte im Grundgesetz. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2030 auf 80 Prozent steigen. Wir wollen jährlich 400 000 Wohnungen bauen, darunter 100 000 öffentlich gefördert. Wir geben jungen Menschen Teilhabemöglichkeiten, indem wir eine Ausbildungsstellengarantie abgeben und das Bafög reformieren. Wir sichern das Rentenniveau, Kürzungen und die Anhebung des Renteneintrittsalters schließen wir aus.“ Foto: Bundestag

Ronja Endres (SPD), Arbeitsgruppe „Gesundheit und Pflege“: „Im Bereich Gesundheit und Pflege wird sich auch in Bayern vieles zum Positiven verändern. Für den Freistaat, wo Pflegemangel ein massives Problem darstellt, kommen mit der Ampel viele Impulse, um Pflegekräfte zu halten und zu gewinnen. Wir werden die Personalbemessung in den Krankenhäusern und Heimen verbessern und dafür sorgen, dass wieder mehr Arbeit am Menschen möglich wird. Die Steuern auf Zuschläge verrin-



gern wir und schaffen einen Anspruch auf familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Auch bei den Eigenanteilen für Pflege, die in Bayern sehr hoch sind, kommen Verbesserungen: Mit der Ampel werden diese Anteile gedeckelt. Pflegenden Angehörige profitieren vom Ausbau der Kurzzeit- beziehungsweise Tagespflege und unter anderem von Lohnersatzleistungen. Der von der Staatsregierung sträflich heruntergewirtschaftete öffentliche Gesundheitsdienst wird besser ausgestattet und die Krankenhausplanung wird verbessert. Vor allem aber wollen wir an das Fallpauschalensystem ran, wo die lähmenden Vorhaltekosten künftig ausgeklammert werden.“ Foto: Lennart Preiss

Stefan Schmidt (Grüne), Arbeitsgruppe „Gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land“: „Der Koalitionsvertrag ist – nach einer ersten und unvollständigen Sichtung – ein solider Grundstein für die kommenden vier Jahre Regierungszeit. Ob mehr Klimaschutz, sozial-ökologischer Umbau unserer Industriepolitik oder Krisenprävention in einer global vernetzten Welt – wir haben hart für gute Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit gerungen. Mit der Führung der Schlüsselministerien für einen echten gesellschaftlichen



Aufbruch haben wir nun die historische Chance, diese auch in die Tat umzusetzen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe tragen ihren Teil zum Gelingen bei, indem sie den Anstoß für ein neues gesellschaftliches Miteinander geben. Insbesondere in der Förderpolitik haben wir große Fortschritte erzielt. Wir werden daran arbeiten, dass marode Infrastrukturen und mangelhafte Verkehrsverbindungen hoffentlich schon bald der Vergangenheit angehören. So werden wir gezielt in Sportstätten und Kultur investieren. Ehrenamtliche stellen wir finanziell besser. Damit haben wir den Startpunkt dafür gesetzt, dass alle Menschen in unserem Land gleichermaßen gute Lebensbedingungen vorfinden.“ Foto: Büro Stefan Schmidt

Erhard Grundl (Grüne), Arbeitsgruppe „Kultur- und Medienpolitik“: „Mit dem Koalitionsvertrag bin ich zufrieden. Die soziale Absicherung im Kulturbereich ist erwähnt, die Green Culture. Anerkennen der Euthanasieopfer, ihre Geschichte zu erzählen, das ist mir eine Herzensangelegenheit. Insgesamt geht es nicht um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Es geht um eine gemeinsame Idee von einem Aufbruch, die gesellschaftsrelevanten Aufgaben anzupacken. Das klein-



karierte Fragen, wer hat was durchgesetzt, wird den Aufgaben nicht gerecht. Und entscheidend ist, wir haben unsere Pläne mit finanziellen Mitteln unterfüttert. Definitiv ein Anfang, der Lust auf mehr macht. Insgesamt atmet der Teil Kultur und Medien einen neuen Geist. Kultur mit allen, für alle: Geschlechtergerechtigkeit, die soziale Spaltung unserer Gesellschaft zu überwinden – das ist das Ziel. Es geht darum, Kultur auch für Leute aus anderen Verhältnissen zu machen – Kultur kann man nur stärken, wenn man sie mitnimmt und das Gesamtbild sieht. Außerdem Kultur im ländlichen Raum: Lange wurde darüber gesprochen – getan wurde aber zu wenig.“ Foto: Robert Paul Kothe

Nicole Bauer (FDP), Arbeitsgruppe „Klima, Energie, Transformation“: „Sehr intensive Wochen liegen hinter uns, die äußerst diskret und professionell abgelaufen sind. Der Koalitionsvertrag trägt eine liberale Handschrift und bietet allen drei Parteien die Möglichkeit, unser Land mitzugestalten. In meiner Arbeitsgruppe waren die Verhandlungen erwartungsgemäß nicht leicht. Wir konnten uns letztendlich insofern einigen, als dass bei diesem wichtigen Themenblock alle Sektoren ihren Beitrag



leisten müssen. Technologieoffenheit, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit stehen dabei im Vordergrund. Dazu gehören ein zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien, Aufbau einer europäischen Wasserstoffunion und Zulassung von E-Fuels. Fahrverbote für zum Beispiel Motorradfahrer an den Wochenenden wird es nicht geben. Hier konnten wir uns als FDP klar durchsetzen. Als FDP werden wir alles daransetzen, in diesem Ampel-Bündnis zusammen mit SPD und Grünen lösungsorientiert zu regieren. Es gibt ganz klar den Willen zur Veränderung. So ist das übergeordnete Ziel, unser Land zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen.“ Foto: Bundestag



„Freiheit“ für die FDP, „Gerechtigkeit“ für die SPD, „Nachhaltigkeit“ für die Grünen: Jeder kriegt was. Foto: Kay Nietfeld/dpa

Wer die besseren Karten hatte

Alle drei Ampel-Parteien konnten für sie wichtige Punkte in den 177-seitigen Koalitionsvertrag einbringen. Gefühl liegt unterm Strich die FDP leicht vorne

Von Stefan Lange

Als sich die Ampel-Parteien am Mittwoch zur Vorstellung des Koalitionsvertrages versammelten, gab es im Pressesaal kurzzeitig Irritationen. Eine missverständliche Formulierung erweckte den Eindruck, die FDP werde in Zukunft den Vizekanzler stellen. Das wäre dann der Parteivorsitzende Christian Lindner gewesen. Die Angelegenheit klärte sich rasch, den Posten bekommen natürlich die Grünen als zweitstärkste Kraft in der Dreierkoalition. Doch auch ohne dieses inoffizielle Amt – der Begriff Vizekanzler kommt in der Geschäftsordnung der Regierung nicht vor – sind Lindner und seine Liberalen die Überraschungssieger des Koalitionspokers. Alle drei Parteien haben gewonnen, doch die FDP wohl am meisten.

Migration: Die künftige Flüchtlingspolitik trägt die Handschrift der Grünen. Der Familiennachzug soll praktisch uneingeschränkt möglich sein. Das Bleiberecht wird dahingehend ausgeweitet, dass Menschen diesen Status schneller als bisher erlangen. Insgesamt wird es deutlich leichter werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen. Asylbewerber sollen mehr Leistungen vom Staat bekommen und einiges mehr. Abschiebungen soll es weiterhin geben, aber: „Die freiwillige Ausreise hat Vorrang.“

Klima und Energie: Auf den ersten Blick geht auch dieser Punkt an die Grünen. Sie bekommen „idealerweise“ einen schnelleren Kohleausstieg, es soll mehr Geld für erneuerbare Energien geben. Doch das sind vorerst nur vage Absichtsbekundungen und in grundsätzlichen

Dingen hat sich die FDP durchgesetzt. Denn sie verhinderte das Aus für den Verbrennermotor, erhält ihrer Wählerklientel das Dienstwagenprivileg und sorgt dafür, dass es auf den Autobahnen künftig kein Tempolimit von 130 Stundenkilometern geben wird. SPD und Grünen konnten damit punkten, dass der CO₂-Preis beim Heizen auf Mieter und Vermieter aufgeteilt wird. Das hatte die Union in der letzten Legislaturperiode verhindert. Es fehlt im Koalitionsvertrag allerdings, und das dürfte wiederum die FDP-Wähler freuen, an strengen Vorgaben für die teure energetische Gebäudesanierung. Darüber hinaus werden sich viele Branchen – die Luftverkehrsunternehmen beispielsweise – bei den Liberalen dafür bedanken, dass sie in Zukunft massive Zuschüsse für Klimaschutzmaßnahmen bekommen.

Drogenpolitik: Bei diesem Punkt haben sich viele Grüne und einige Sozialdemokraten nach den rund einmonatigen Verhandlungen vermutlich zufrieden eine Tüte gedreht. Während sich die große Koalition aus Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag noch vehement gegen Drogenmissbrauch einsetzte, widmet sich die Ampel vergleichsweise ausführlich der Legalisierung weicher Drogen. „Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein“, heißt es unter anderem.

Rente: Bei der Alterssicherung haben alle drei Parteien, allen voran die SPD, ihre Vorstellungen einbringen können. Eine Doppelbesteuerung von Renten soll vermieden werden, das ist in der Ampel Konsens. Eher umstritten scheint

die geplante teilweise Kapitaldeckung der Rentenversicherung zu sein. Die soll es zwar geben, von einer konkreten Summe – zehn Milliarden Euro waren im Sondierungspapier noch genannt – ist aber nicht mehr die Rede. Da musste offenbar die FDP mal zurückstecken.

Landwirtschaft und Ernährung: Nicht nur, dass die Grünen das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft bekommen haben – sie konnten in diesem Bereich viele Aspekte durchsetzen, die für sie wichtig sind. Der Vertrag trägt den viel gelobten Vorschlägen der Zukunftskommission Landwirtschaft Rechnung und fordert zum Beispiel mehr Platz in der Stallhaltung und eine Eindämmung, gar Unterbindung von Tiertransporten. Die Grünen wollen sich aber auch der Fischerei stärker annehmen. Die Kapitel zu Landwirtschaft und Ernährung gehören mit zu den größten Seitenfüllern im Koalitionsvertrag.

Finanzen: Das Geld ist der einzige Punkt, bei dem alle drei Parteien im Koalitionsvertrag zur Enttäuschung vieler kaum bis gar nicht geliefert haben. Konkrete Aussagen zur Finanzierung der Zukunftsvorhaben fehlen völlig. Man will Milliarden Euro in den Klimaschutz und die Industrie pumpen und hofft, dass so „langfristig tragfähige Staatsfinanzen“ entstehen. Macht Sinn – aber bis es so weit ist, muss das Geld ja mal irgendwo herkommen. Über Gebühr Schulden zu machen, ist kein Ausweg, denn im Jahr 2023 soll die Schuldenbremse wieder gelten. Das Wort „Sparen“ taucht im Koalitionsvertrag aber nicht ein einziges Mal auf.

Mehr Hintergrund unter www.idowa.plus

Regierungswechsel kompakt

Scholz kündigt Krisenstab an

Mit weiteren Krisenmaßnahmen soll die ungebremste Corona-Welle in Deutschland unter Kontrolle gebracht werden. Der voraussichtlich künftige Kanzler Olaf Scholz (SPD) kündigte die Einrichtung eines ständigen Bund-Länder-Krisenstabs im Kanzleramt zum Kampf gegen die dramatische Entwicklung an. Es gehe darum, die Lage eng zu beobachten, die Wirkung von Maßnahmen zu überprüfen und weitere Schritte zu entwickeln, sagte Scholz am Mittwoch bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags. (dpa)

Pflanzengeschenke für Merkel

Die geschäftsführende Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat vom Bundeskabinett bei der voraussichtlich letzten Sitzung der schwarz-roten

Regierung ein Hartriegelgewächs namens Cornus controversa „Carpe diem“ (Nutze den Tag) als Abschiedsgeschenk erhalten. Noch



Der künftige Kanzler Olaf Scholz hat seine Vorgängerin Angela Merkel mit einem Blumenstrauß verabschiedet.

Foto: Markus Schreiber/AP Pool/dpa

Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) twitterte am Mittwoch Fotos von dem Gewächs. Von ihrem voraussichtlichen Nachfolger, dem bisherigen Vizekanzler Olaf Scholz (SPD), erhielt Merkel zum Abschied einen Blumenstrauß. (dpa)

Schulze wird nicht Parteichefin

Die bayerische Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze verzichtet zugunsten ihres Kindes auf den Bundesvorsitz ihrer Partei. Nach Bildung einer Ampel-Koalition in Berlin würden die Grünen einen neuen Bundesvorstand wählen, sagte Schulze der Wochenzeitung „Die Zeit“. „Da wurde ich gefragt, ob ich nicht als Bundesvorsitzende kandidieren möchte. Aber: Es geht nicht, es geht einfach nicht“, sagte sie. Die 36-Jährige hatte im Juni einen Sohn zur Welt gebracht. (dpa)